



*Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

wir blicken auf ein volles, aber gutes Jahr im Bundestag und Wahlkreis zurück. Sowohl in der Bildungs- als auch in der Sportpolitik konnten wir parlamentarische Akzente setzen und die Große Koalition etwas treiben.

Ich habe mich gefreut, dass ich sehr viele Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis im Bundestag zu Besuch hatte. Durch die politischen Tagesfahrten des Bundespresseamtes, Plenarbesuche und Gesprächsbesuche durfte ich viele Menschen kennenlernen, über meine Arbeit informieren und über Probleme sowie Engagement der Menschen erfahren.

Als Berliner Abgeordneter hat man den entscheidenden Vorteil, immer vor Ort sein zu können und somit auch häufig im

Wahlkreis aktiv zu sein. Ich bedanke mich bei allen VertreterInnen von Vereinen, Initiativen, Behörden etc., die ich in diesem Jahr besuchen durfte. Ich bin beeindruckt von dem Engagement im Kiez. Gemeinsam mit so vielen Menschen können wir in Berlin was bewegen!

Nachfolgend schicke ich Euch wieder ein paar Eindrücke aus meiner Arbeit im Bundestag und Wahlkreis der letzten Wochen. Weitergehende Details sind auf meiner Homepage, meiner Facebook-Seite, YouToube und Twitter zu finden.

Mein Team und ich wünschen Euch und Euren Familien Frohe Weihnachten, alles Gute, Glück und Gesundheit für das Neue Jahr! Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit in 2015!



Herzliche Grüße

Özcan Mutlu

Aus dem Wahlkreis

Berlin-Mitte lebt und liebt seine Vielfalt. Im letzten Monat hatte ich besonders viele Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürger im Kiez. Für mich war es sehr

bereichernd, so viele Engagierte aus meinem Wahlkreis zu treffen und mich darüber informieren zu lassen, wie sie diese Vielfalt leben und fördern.

Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge am Poststadion

Der Besuch der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge am Poststadion hat mich beeindruckt.

Die Notunterkunft bietet eine Kapazität für 294 Personen und wird in der Regel von den Personen bis zur ihrer Zuweisung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), höchstens für vier Tage bewohnt. Die Unterkunft ist mit Mehrbett-Zimmern mit einer einfachen Einrichtung, ausreichenden Duschen und Toiletten, Wickelräumen, einem Wäsche- und Trocknerraum, einem Ess- und Aufenthaltsbereich sowie einem betreuten Kinderspielfeld ausgestattet.

Die Anwohnerschaft wurde von Beginn der Einrichtung an einbezogen. So konnte sich jeder selbst bei einer Informationsveranstaltung einen Eindruck von den Zelten verschaffen und eventuelle Vorbehalte direkt mit den Akteuren vor Ort klären.

Das Feedback der BürgerInnen war durchweg positiv - es hat uns sehr gefreut



zu erfahren, dass viele AnwohnerInnen tatkräftig beim Aufbau des ganzen Mobiliars mitgeholfen haben. Ich war überrascht, dass diese Notunterkunft weitaus angemessener und freundlicher ausgestattet ist, als manch andere Flüchtlingsunterkunft, die ich bisher besucht habe.

Die Atmosphäre ist trotz allem recht angenehm und positiv. Die Stadtmission hat hier mit der zuständigen Senatsverwaltung gute Arbeit geleistet. Ich danke allen Beteiligten für das Engagement!

„MutluBackt“ im SOS-Kinderdorf



Das SOS-Kinderdorf hat mich zum vorweihnachtlichen Backen eingeladen. Vor der Backsession mit den vielen Kindern aus dem Kiez konnte ich mir die tolle Einrichtung noch mal genau anschauen und viel über das pädagogische Konzept, Angebote und Projekte erfahren. Ich war begeistert, wie viele AnwohnerInnen die vielfältigen Angebote täglich nutzen und bedanke mich herzlich bei dem gesamten Team für ihr Engagement.

Hansa-Ufer 5 „Wir lassen uns nicht Raus-Sanieren!“

Die Initiative „Hansa-Ufer 5“ kämpft seit Mitte des Jahres gegen die Vertreibung der BewohnerInnen des Seniorenhauses durch den neuen Eigentümer AKELIUS GmbH. Die BewohnerInnen und weitere Engagierte der Initiative streiten sich darüber, dass das Land Berlin als Voreigentümer vor Verkauf des Wohngebäudes ihnen zugesichert hat, dass sie in einem sozial geförderten Seniorenhaus wohnen, dessen Miete ihren Möglichkeiten als RentnerInnen angepasst wird, woran sich der jetzige Eigentümer mit seinem zukünftigen Bauvorhaben leider nicht halten möchte.

Im November habe ich die Initiative im Hansa-Ufer 5 besucht, um mich von der

Sprecherin Christa Kaes über den aktuellen Stand zu informieren. Ich bin beeindruckt von der Tatkraft und dem Zusammenhalt der BewohnerInnen, die sich die Vertreibung aus ihren Wohnungen nicht gefallen lassen. Letzte Woche haben sie wieder mit ihrem Engagement die Berliner Landespolitik aufgefordert, den Fehler der Vergangenheit wieder gut und den Verkauf des Gebäudes rückgängig zu machen.

Wenn Ihr Euch auch für den Rückkauf des Gebäudes durch das Land Berlin aussprechen möchtet, könnt Ihr hierzu die Online-Petition unterschreiben: www.change.org/hansa-ufer-5.de

Besuch der Gesundbrunnen-Grundschule: „25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention - für Gleichheit, Schutz, Förderung und Partizipation“

Am „Tag der Kinderrechte“ habe ich die Gesundbrunnen-Grundschule besucht. Nachdem die Schülerinnen und Schüler mir über ihre Schule und den Schülerclub berichtet haben, konnten sie es kaum abwarten, uns besser kennenzulernen.



Unter der Moderationsleitung des Schulsprechers Samir durfte ich viele Fragen zu meiner Biografie und meiner Arbeit im Bundestag beantworten. Ein

Schwerpunkt des Gesprächs war der Austausch mit den Schülerinnen und den Schülern darüber, wie ich für Kinderrechte eintrete und was die Erwartungen der Schülerinnen und Schüler an die Politik sind. „Das Recht auf gute Bildung und Ausbildung“ war eines der meistbesprochenen Rechte bei dem Treffen. Denn alle waren sich darüber einig, dass es nicht sein darf, dass in so einem reichen Land wie Deutschland immer noch starke Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern bei der Ausbildung vorhanden sind.

Für mich war die Botschaft klar - den Schülerinnen und Schülern habe ich versprochen, dass ich mich auch weiterhin für eine gute Ausbildung und für gut ausgestattete Schulen stark machen möchte.

Wahlkreistag: Besuch des Job-Point Moabit, der Allegro-Grundschule und des Müllionärs von Moabit

Im Rahmen meines Wahlkreistages besuchte ich das Job-Point in Moabit. Das Job Point Berlin-Mitte betreut seit zwei Jahren Arbeitsuchende und Unternehmen bei der Besetzung von Stellen und Ausbildungsplätzen. Das Projekt akquiriert täglich neue Stellen aus dem Bezirk und hilft den Suchenden auch aktiv beim Job-Matching. Die Leiterin des Projekts Frau Hansen und ihr siebenköpfiges-Team beraten so mehr als 2.000 BesucherInnen jährlich in dem Ladenlokal in Alt-Moabit 84.

Ich bin beeindruckt von dem Engagement und der innovativen Projektarbeit des Job-Point Teams, das immer wieder neue Formate schafft und Ideen entwickelt, um den Interessenten den Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen und zu erleichtern. Bei dem Treffen wurden auch viele neue Ideen für 2015 besprochen, zum Beispiel wie Jugendlichen bei der Branchenfindung für eine zukünftige Ausbildung geholfen werden kann. Hierzu gibt es einen Aufruf des Job Points für Unternehmen an dem Ausbildungsparcours im Februar 2015 teilzunehmen. Auch ich möchte an alle Unternehmen in

Mitte appellieren, das Ausbildungsparcours für die Werbung ihrer Branche zu nutzen und zukünftige Auszubildende von ihrem Unternehmen zu überzeugen. Unternehmen können sich als Aussteller für das Ausbildungsparcours am 12. Februar 2015 direkt bei dem Job Point (www.jobpoint-berlin.de) anmelden.

Allegro-Grundschule:



Am Mittag besuchte ich die Allegro-Grundschule in Tiergarten. Die Schuldirektorin Frau Flemig, Konrektorin Frau Varbelow und die Elternsprecherinnen Frau Richter und Frau Lüpfer führten den Jugend- und Integrationsprecher der BVV Fraktion Tilo Siewer (Bündnis 90/Die Grünen) und mich durch das Schulgebäude. Die Grundschule besitzt ein musik- und leseorientiertes Schulprofil und bietet den Schülerinnen und Schülern entsprechend ausgestattete Räumlichkeiten, die viel Raum für eine individuelle Förderung ermöglichen.

Wir haben uns mit der Schulleitung und den Elternsprecherinnen darüber beraten, wie mit der Raumproblematik umzugehen ist. Zur Zeit befindet sich die Schule mit dem Bezirk in einer Auseinandersetzung, da sie aus bezirklicher Sicht räumlich unterbelastet ist und somit eine ganze Etage vermietet



werden soll, die die Schule aufgrund ihres Profils und des inklusiven Konzeptes nicht zur Verfügung stellen kann.

„Müllionär von Moabit“: Am Ende des Wahlkreistages stattete ich dem „Müllionär von Moabit“ einen Besuch ab. Atilay Ünal, der einen Wertstoffhandel in Moabit betreibt, sammelt allein 300 Tonnen Alt-Papier monatlich, bietet aber auch einen „Allround-Recyclingservice“ für den Handel an. Auf dem 2.500

Quadratmeter großen Wertstoffhof befinden sich die verschiedensten Abfälle, die für die Weiterverwendung von seinem Team vorbereitet werden.

Unter der beeindruckenden Kulisse des Industriebhofes mit den hochgestapelten Pressabfällen, haben wir uns über die Bedeutung eines solchen Recyclinghofes für die Umwelt ausgetauscht und über die Verantwortung für eine grüne Umwelt gesprochen.

Politische Tagesfahrt am 26. November mit dem Berliner-Fußballverband und Dünja

Bei meiner letzten Politischen Tagesfahrt des Jahres hatte ich die Ehre, Engagierte des Berliner-Fußballverbandes und den Mädchen-Kultur-Treff Dünja als Gäste begrüßen zu dürfen. Nach einer politischen Stadtrundfahrt hat die Gruppe der Plenarsitzung beigewohnt und mich im Deutschen Bundestag besucht.

Weitere Höhepunkte des Tages waren der Besuch des

Bundeskanzleramtes und die Führung durch die Deutsch-Historische-Ausstellung im Deutschen Dom. Beim gemeinsamen Abendessen hatten wir dann alle die Gelegenheit uns besser kennenzulernen und über aktuelle Tagesgeschehen der Bundespolitik auszutauschen.



Der Berliner-Fußballverband ist der Dachverband der Berliner Fußballvereine und koordiniert über 3.500 Mannschaften in Berlin und ist somit der größte Sportfachverband in Berlin. Der

Mädchen-Kultur-Treff Dünja des Moabiter Ratschlages bietet Mädchen zwischen 10 bis 21 Jahren vielfältige Angebote und hilft in Fragen der Schule und Ausbildung.

Es war mir eine ganz besondere Freude

diese zwei Vereine und Engagierte einladen zu dürfen.

Auch Sie lade ich gerne zu einer Politischen Tagesfahrt in Berlin ein! Bitte scheuen Sie sich nicht und schreiben Sie meiner Mitarbeiterin Frau Sevtap Sadig hierzu eine kurze Email: oezcan.mutlu.ma05@bundestag.de

Max-Planck-Gymnasium

Herzlichen Glückwunsch, liebes Max-Planck-Gymnasium zu 10 Jahre Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage! Ich habe mich gefreut, bei der interessanten Podiumsdiskussion mit anschließendem World Cafe teilnehmen zu dürfen. Die Schülerinnen und Schüler waren super informiert.

Auch über die Besuche im Bundestag habe ich mich gefreut. Toll, wenn die Lehrkräfte und SchülerInnen politisch interessiert und engagiert sind. Danke für Euer Interesse und weiterhin viel Erfolg!



Aus dem Bundestag

BILDUNG

Anhörung zum Kooperationsverbot

Anlässlich der Öffnung des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich fand im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung eine Anhörung statt. Teilgenommen haben unter anderem der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Horst Hippler, die Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Marlis Tepe, der emeritierte Professor für Bildungsforschung und Bildungsplanung Klaus Klemm sowie Margit Seckelmann vom Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung in Speyer.

Die Öffnung des Kooperationsverbotes für den Wissenschaftsbereich wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern grundsätzlich begrüßt. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmern kritisierten, dass der Bildungsbereich bei der Öffnung des Kooperationsverbots außen vor bleibt. So wies Klaus Klemm unter anderem darauf hin, dass mit der

Weiterentwicklung unseres Schulsystems hin zu einem inklusiven Schulsystem, dem Ausbau der Tagesbetreuung für unter dreijährige, aber auch dem Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen zahlreiche neue Aufgaben für die Bildungspolitik hinzugekommen seien. Klaus Klemm brachte es auf den Punkt, als er sagte dass zusätzliche Aufgaben zusätzliche Investitionen und neue Finanzierungsströme zur Folge haben müssten.

Als Grüne Bundestagsfraktion halten wir diese Schieflage für falsch und haben infolgedessen einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, der eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes - also auch für die schulische Bildung - vorsieht. In Anbetracht der großen Herausforderungen vor der unser Land steht, ist ein größeres finanzielles Engagement des Bundes dringend erforderlich.

Unseren Antrag findet Ihr hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/027/1802747.pdf>

ICILS 2013 – Computer- und informationsbezogene Kompetenzen nur durchschnittlich

Die Computer- und informationsbezogenen Kompetenzen sind in Deutschland nur durchschnittlich, bei 21 teilnehmenden Staaten liegt Deutschland lediglich im Mittelfeld – zu diesem Ergebnis kommt die Studie International Computer and Information Literacy Study (ICILS 2013).

Computer- und informationsbezogene Kompetenzen erlauben es einer Person Informationen zu recherchieren, zu gestalten, zu kommunizieren und zu bewerten. Sie sind deshalb für gesellschaftliche Teilhabe zentral. ICILS 2013 ist die erste Schulleistungsstudie, die mittels computerbasierter Tests misst, über welche computer- und informationsbezogenen Kompetenzen Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 verfügen und unter welchen Rahmenbedingungen Schülerinnen und Schüler diese Kompetenzen erwerben.

Die Ergebnisse sind in keiner Weise zufriedenstellend. So hängen die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler vor allem von ihrer sozialen Herkunft, oder vom Geschlecht ab. Mädchen schneiden signifikant besser ab als Jungen. 30 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler erreichen nur die untersten beiden Kompetenzstufen, verfügen also nur über rudimentäre und basale Fähigkeiten und Wissensstände hinsichtlich des kompetenten Umgangs mit neuen Technologien.

Skandalös ist die unzureichende Ausstattung der Schulen mit Computern, veraltete Soft- und Hardware und vor allem die ungenügenden Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrern. Hier muss nicht nur dringend Abhilfe geschaffen werden, auch die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss dringend dahingehend reformiert werden.

Nachfolgend meine Pressemitteilung zu ICILS 2013:

<http://www.mutlu.de/digitales-lernen-bundesregierung-muss-endlich-handeln/>

Expertengespräch „Lebensvielfalt macht Schule – was braucht die Schule in der Einwanderungsgesellschaft“

Im Rahmen der fraktionsinternen Arbeitsgruppe Demographischer Wandel (AG Demographie) fand im November ein ExpertInnengespräch zum Thema Schule in der Einwanderungsgesellschaft statt. Als Referentin konnten wir Meral Cerci von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf begrüßen.

Frau Cerci wies darauf hin, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund seltener Kindertageseinrichtungen besuchen, dass sie an Hauptschulen überproportional und an Gymnasien unterproportional vertreten sind, dass sie häufiger Förderschulen besuchen und das deutsche Schulsystem zu einem größeren Anteil ohne einen Schulabschluss

verlassen und dass sie vermehrt Klassen wiederholen und bei gleichen schulischen Leistungen deutlich schlechtere Chancen haben zu einem Bewerbungsgespräch auf einen Ausbildungsplatz eingeladen zu werden.

Für alle Milieus kann eine hohe Bildungsaspiration konstatiert werden. Als besonders wichtig erachtet werden demnach die Interkulturelle Kompetenz von Lehrerinnen und Lehrern, die Wertschätzung von kultureller Vielfalt, Spezieller Deutschunterricht, eine spezielle Berufsberatung für Schülerinnen und Schüler sowie eine Beratung zu Förder- und Stipendienprogrammen für Schülerinnen und

Schüler mit Migrationshintergrund, ferner wird eine spezielle Informationsberatung für Eltern mit Migrationshintergrund als notwendig erachtet.

Auch Empfehlungen wurden von Frau Cerci ausgesprochen: So müsse hinsichtlich der kulturellen Vielfalt an den Schulen eine Kultur der Wertschätzung etabliert werden. Ressourcen der Eltern mit Migrationshintergrund müssten besser genutzt und Lehrkräfte für ihre zentrale Rolle im Prozess der interkulturellen Öffnung von Schule sensibilisiert werden.

https://www.gruenebundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Inklusionsansatz.pdf

Kleine Anfrage Schulische Inklusion

Infolge der Veröffentlichung des fünften Nationalen Bildungsberichts habe ich eine Kleine Anfrage hinsichtlich der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung eingebracht.

Die Antwort der Bundesregierung macht deutlich, wie wenig sie gewillt ist, an einer Weiterentwicklung unseres Bildungssystems hin zu einem inklusiven Bildungssystem mitzuwirken. Formaljuristisch mag es zwar richtig sein, darauf

Als Grüne Bundestagsfraktion werden wir uns weiterhin intensiv mit der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auseinandersetzen, vor allem im Kontext Schule.

Teilhabechancen setzt Anerkennung voraus, also auch Anerkennung von Vielfalt. Ein Positionspapier aus dem Frühjahr 2013 zum Aspekt Inklusion im Einwanderungsland findet ihr nachfolgend. Es werden weitere Schritte folgen.

hinzuweisen, dass die Bundesregierung aufgrund der Kompetenzverteilung in der Bildung für die Umsetzung der Inklusion nicht zuständig ist. Politisch ist dieses aber falsch. Die Tatsache, dass die Bundesregierung dabei hilft, Schulen im Ausland baulich für die Inklusion auszustatten (dessen Sinnhaftigkeit ausdrücklich nicht bestritten wird), dies in Deutschland aber aufgrund des Kooperationsverbots nicht möglich ist, zeigt, wie absurd dieses Verbot ist.

Nachfolgend meine Kleine Anfrage und einen entsprechenden Artikel dazu im Tagesspiegel vom 17.11.2014:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/031/1803101.pdf>

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/inklusion-barrierefrei-in-die-auslandsschule/10992094.html>

7. Integrationsgipfel der Bundesregierung - permanentes Gipfeln bringt uns nicht weiter!

Beim 7. Integrationsgipfel der Bundesregierung ging es um die Frage der Verbesserung von Zugangschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die betriebliche Ausbildung.

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen sowie bei gleichen Berufspräferenzen und Suchstrategien schlechtere Zugangschancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dass dieses nicht so bleiben kann,

versteht sich von selbst. Tatsächlich lassen die Initiativen der Bundesregierung aber zu wünschen übrig. Zu langsam, zu schleppend, zu verzagt. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Die Bundesregierung muss schnellstens mit geeigneten Maßnahmen für bessere Teilhabechancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund eintreten.

Die gemeinsame Pressemitteilung von Beate Walter-Rosenheimer und mir gibt es hier:

<http://www.mutlu.de/absichtserklaerungen-schaffen-keine-ausbildungsplaetze/>

Verdruss statt Genuss – Qualität bei Schulverpflegung ist in Deutschland oft schlecht

Die Qualität in punkto Schulverpflegung lässt in unserem Land zu wünschen übrig. Zu viel Fleisch und zu wenig Gemüse, zu kalt serviert, zu wenig Vollkornprodukte und Fisch, Mensa zu laut, Pause zu kurz - zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hamburger Hochschule für angewandte Wissenschaften, die gemeinsam mit der

Bundesregierung vorgestellt wurde. Letztere steckt zu wenig Geld und Energie in den koordinierten Ausbau der Schulverpflegung. Und das, obwohl mittlerweile mehr als 2,4 Millionen Schülerinnen und Schüler ihr Mittagessen in der Schule zu sich nehmen.

Dazu nachfolgend die Pressemitteilung von Nicole Maisch und mir:

<http://www.mutlu.de/schulessen-ueber-die-qualitaet-zu-jammern-reicht-nicht-herrschmidt/>

Grüner Erfolg bei den Haushaltsberatungen 2015 – Serviceagenturen Ganztags bleiben erhalten

Bei den Beratungen zum Haushalt 2015 konnten wir Grüne bildungspolitisch zumindest einen kleinen Erfolg verbuchen. So wird sich der Bund auch im kommenden Jahr an der Finanzierung der Serviceagenturen Ganztags beteiligen - was so eigentlich nicht vorgesehen war.

Aus diesem Grunde freuen wir uns doppelt, dass unsere Initiative für eine Weiterfinanzierung aufgegriffen wurde und Ganztagschulen auch im Jahr 2015 auf Beratung und Unterstützung durch die Serviceagenturen zurückgreifen können.

SPORT

Sportgroßveranstaltungen und Olympiabewerbung

Mein Bundestagsantrag zum Thema Sportgroßveranstaltungen wurde in der letzten Bundestagswoche in diesem Jahr von der Fraktion verabschiedet. Der Antrag formuliert eine Vielzahl von Kriterien, an denen wir Sportgroßveranstaltungen messen wollen.

Zum Thema Olympiabewerbung Berlins gibt es wenig Neues. Der Widerstand gegen eine Bewerbung Berlin formiert sich im Bündnis NOlympia, zu dem ich versuche, einen guten Kontakt zu halten. Eine Entscheidung des DOSB, mit welcher Stadt die Bewerbung starten soll, erwarte ich im März 2015.

Hier findet Ihr unseren Antrag „Für verbindliche politische Regeln im internationalen Sport – Menschenrechte achten, Umwelt schützen, Korruption bekämpfen“:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/035/1803556.pdf>

Kampf gegen Doping

Die Bundesregierung hat es nach vielen Jahren Diskussion endlich geschafft, einen Referentenentwurf für ein Anti-Doping-Gesetz vorzulegen. Ich bin mir mit der Bundesregierung einig, dass der Kampf gegen Doping eine der entscheidenden Fragen der Sportpolitik ist. Trotzdem können wir dem Gesetz in der vorgelegten Form nicht zustimmen, weil es die SportlerInnen über die Maßen hinaus kriminalisiert, ohne die Ursachen von Doping anzugehen.

Meine Kritik besteht aus drei Teilen: Erstens will das Gesetz mit dem Straftatbestand des Selbstdopings auch die Gesundheit der SportlerInnen schützen. Dies ist schon aus verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen, weil die Menschen und damit auch SportlerInnen ein Recht haben, sich selbst zu gefährden und ggf. auch zu beschädigen. Dies tun wir selbstverständlich in ganz vielen Lebens-

situationen. Zweitens will das Gesetz eine Besitzstrafbarkeit einführen. Dieses gescheiterte Instrument kennen wir aus der Drogenpolitik. Es ist auch hier abzulehnen. Und drittens bestehen massive datenschutzrechtliche Bedenken, weil die SportlerInnen gegenüber der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) zu gläsernen Menschen gemacht werden.

Unser Gegenvorschlag wird sein, dass sich das Gesetz auf den Schutz des wirtschaftlichen Wettbewerbs im Sport konzentrieren soll. Wir wollen die Handlungen strafbar machen, die durch eine Manipulation im Wettbewerb zu einem Vermögensvorteil führen. Das kann durch Doping geschehen, den Sponsor betreffen oder auch das Manipulieren im Rahmen von Sportwetten.

Das Kabinett will den Gesetzentwurf spätestens April 2015 beschließen.

Situation der Trainerinnen im Sport

Eine Diskussion im Sportausschuss und eine kleine Anfrage von mir zur Situation der TrainerInnen im Leistungssport hat erneut deutlich gemacht, wie prekär die Arbeitsverhältnisse vieler TrainerInnen

sind. Nun kommt dies nicht überraschend. Diese Situation ist den Fachleuten seit einem Jahrzehnt bekannt.

Leider sind weder die Bundesregierung noch der DOSB und die Sportfach-

verbände bereit, dieses Problem anzugehen. Entsprechend schieben sich beide seit Jahren die Verantwortung gegenseitig zu und die TrainerInnen müssen dabei zuschauen.

Wir werden dieses Thema weiterhin auf der Agenda halten und gemeinsam mit dem neu gegründeten Berufsverband der Trainerinnen und Trainer im Sport für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen streiten.

Die Kleine Anfrage ist hier zu finden:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/033/1803394.pdf>

Gesetzliche Unfallversicherung im Sport

Das investigative Sportmagazin WDR Sport Inside sollte nicht nur ein Pflichtprogramm für alle kritischen Sportinteressierte sein. Die Redaktion hat mich auf einen Skandal in der gesetzlichen Unfallversicherung gestoßen. Hier besteht eine große Schieflage in der Finanzierung der Unfallversicherung im Sport, die dazu führt, dass andere Berufszweige den Sport mit Millionenbeträgen im Jahr subventionieren müssen. Und die Ursache

scheint in einer gesetzlichen Lücke zu liegen, die es sogar SpitzensportlerInnen mit Millioneneinkommen erlaubt, sich für eine Sportverletzung eine Rente aus der Versicherung auszahlen zu lassen. Mit Solidaritätsgemeinschaft hat dies nun gar nichts zu tun.

Ich habe das Thema für eine der nächsten Sitzungen des Sportausschusses angemeldet.

Den Bericht über den Skandal könnt Ihr hier schauen:

http://www1.wdr.de/fernsehen/information/sport_inside/videoteureschieflage100-videoplayer.html

Schwarze Kasse beim DOSB?

Ein weiteres Aufregertema war eine schriftliche Frage von mir an die Bundesregierung über die finanziellen Verflechtungen des DOSB mit der Stiftung Deutscher Sport.

Die Stiftung wurde 2006 aus den Gewinnen der Fußball-WM gegründet und soll den Sport in Deutschland fördern. Nun ist bekannt geworden, dass die Stiftung in den letzten Jahren immer wieder Kosten für den DOSB übernommen hat. Dies sehe ich erst einmal kritisch, weil erstens die handelnden Personen im Präsidium des DOSB und im Stiftungsvorstand identisch sind und weil diese zweitens nur für die Ausgaben des DOSB

gegenüber den Mitgliedsverbänden Rechenschaft ablegen müssen. Die Stiftung muss dies nicht. Für mich ist das ein weiteres Argument, um für mehr Transparenz und finanzielle Offenheit im deutschen Sport zu plädieren.

Der DOSB hat jedenfalls reagiert und gegenüber seinen Sportverbänden einen Teil der Stiftungszahlen offen gelegt. Dies ist aber nicht ausreichend. Ich fordere die freiwillige jährliche Offenlegung aller Zahlen der Stiftung und eine Erklärung, warum die Zahlungen getätigt worden sind. So engagiert sich die Stiftung ganz aktuell mit einer Million Euro für den Neubau der DOSB-Zentrale – ohne jede Begründung

Weitere Pressemitteilungen und mehr:

Bildung

<http://www.mutlu.de/bildungsfinanzbericht-2014-merkels-bildungsrepublik-liegt-bei-den-bildungsausgaben-unter-dem-oecd-durchschnitt/>

<http://www.mutlu.de/bildungsmonitoring-ergebnisse-muessen-fuer-die-bildungspraxis-genutzt-werden/>

<http://www.mutlu.de/internationaler-tag-der-menschen-mit-behinderung/>

<http://www.mutlu.de/absichtserklaerungen-schaffen-keine-ausbildungsplaetze/>

<http://www.mutlu.de/schulessen-ueber-die-qualitaet-zu-jammern-reicht-nicht-herrschmidt/>

<http://www.mutlu.de/digitales-lernen-bundesregierung-muss-endlich-handeln/>

<http://www.mutlu.de/deutschlandfunk-kultur-interview-zum-kooperationsverbot/>

Sport

<http://www.mutlu.de/olympia-reform-laengst-ueberfaellig-aber-leider-zu-mutlos/>

<http://www.mutlu.de/fifa-ethikkommission-freispruch-dritter-klasse/>

<http://www.mutlu.de/anti-doping-gesetz-sportlerinnen-und-sportler-nicht-rechtlos-stellen/>

<http://www.inforadio.de/error/404.html?/content/rbb/inf/programm/schema/sendungen/int/201412/08/213653.html>

Allgemein

Mein Gastbeitrag im Tagesspiegel zu PEGIDA: <http://www.mutlu.de/pegida-steht-fuer-menschenfeindlichkeit/>

Spendenaufruf für Flüchtlinge: <http://www.mutlu.de/wedding-hilft/>

Oezcan Mutlu, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

T: +49 30 227 730 30
F: +49 30 227 760 30
M: oezcan.mutlu@bundestag.de


Wahlkreisbüro Oezcan Mutlu, MdB

Malplaquetstr. 7
D-13347 Berlin

T: +49 30 896 156 06
F: +49 30 914 326 83
M: oezcan.mutlu.ma05@bundestag.de

 www.mutlu.de

 www.facebook.com/MutluOezcanBundestag

 [@OezcanMutlu](https://twitter.com/OezcanMutlu)

